

Widerstand an den Universitäten

Studentenaufstand in Greifswald — Keiner will zur KVP

Durch politische und wirtschaftliche Maßnahmen der SED haben Unruhe und Erbitterung der Studenten an den Universitäten in den letzten Wochen ständig zugenommen. Die krassen Rekrutierungsmaßnahmen für die KVP steigerten die Empörung bis zum Höhepunkt — und zur Entladung. In Greifswald revoltierten ein paar hundert Studenten. Die ganze Stadt war in Alarmzustand. Anfangs wurden nur geringe Einzelheiten darüber bekannt. Jetzt liegen präzise Augenzeugenberichte und zugleich Alarmmeldungen aus anderen Universitätsstädten vor. Was hat sich zwischen den letzten Märztagen und dem 2. April in Greifswald zugetragen?

Ende März wurde den Studenten beiläufig mitgeteilt, daß die Medizinische Fakultät der Universität Greifswald mit dem neuen Semester in eine Militärärztliche Akademie umgewandelt würde. Wer diese Laufbahn nicht einzuschlagen gedanke, müsse die Fakultät verlassen, es sei jedoch unwahrscheinlich, daß er bei dem Mangel an Studienplätzen andernorts Weiterbildung fände. Lediglich die Studenten des 10. Semesters, die sich bereits im Examen befinden, wurden ausgenommen.

Sofort riefen einige Studentenvertreter den Fakultätsstreik aus, der später unter dem Druck der Hochschulleitung widerrufen werden mußte. Trotzdem erschienen in den letzten Märztagen weniger als 40 Prozent der Studenten zu den Vorlesungen. Die SED ließ daher für den 30. März eine „klärende Aussprache“ ansetzen, auf der Studentenvertreter, Dozenten und die Hochschulleitung ihren Standpunkt erörtern sollten.

SED ließ provozieren

Hier erfolgte die erste SED-Provokation. Statt der angesagten Professoren und Dozenten erschien die gesamte SED-Kreisleitung mit zahlreichen Vertretern der FDJ und kasernierter Volkspolizei.

Als die Studenten erkannten, welchen Verlauf diese „Aussprache“ nehmen sollte, gab es

einen Tumult, in dessen Verlauf Kommunisten erklärten: „Wer damit nicht einverstanden ist, hat den Saal zu räumen!“ Prompt verließen nahezu alle Studenten den Saal. Sie prallten dabei mit dem eigens aus Ostberlin herbeizitierten Staatssekretär Harich, dem Bezirkssekretär Mewis und Landrat Westphal zusammen, die sich in Begleitung zahlreicher SSD-Leute befanden.

Harich und Mewis zogen sich in die Pförtnerloge zurück und forderten durch Notruf Vopo- und SSD-Verstärkungen an. Die SSD-Wächter, die sofort Schusswaffen zogen, hielten etwa 260 Studenten in Schach, die von der inzwischen eingetroffenen Vopo in das Gefängnis Domstraße eingeliefert wurden. Hier hatte man bereits am Nachmittag vorsorglich 15 Zellen „für Neuankömmlinge“ frei gemacht!

Bevölkerung reagierte sofort

Noch in der Nacht, als die zu 20 Mann in eine Einzelzelle gesperrten Studenten verhört wurden, sammelten sich die Angehörigen dieser Jugendlichen vor dem Gebäude und forderten eine Erklärung für das Vorgehen der Polizei. Darunter Pfarrer, Ärzte, Lehrer, Professoren und angesehenste Bürger der Stadt. Sie erreichten, daß am nächsten Mittag rund 210 Studenten freigelassen werden mußten.

Drei Stunden nach der Freilassung der 210 Studenten ging der Turm der gegenüber dem Gefängnis gelegenen Jakobi-Kirche in Flammen auf. Drei unbekannte Jugendliche hatten sich unter einem Vorwand die Schlüssel zum Turm beschafft und dort die sogenannte „Winterkirche“ mit Petroleumfetzen in Brand gesteckt. Die am 2. April beendete Untersuchung, über die nichts veröffentlicht werden durfte, ergab, daß die Brandstifter zum Mitarbeiterstab des SSD Stralsund gehörten!

Vergeblich hatten SED und SSD versucht, mit dieser Kirchenbrand-Provokation Stimmung gegen die Studenten zu machen. Viele der Dozenten stellten sich nun erst recht auf die Seite der Studenten. Ein Professor stellte seinen Lehrstuhl zur Verfügung, mit den Studenten zusammen verhaftete Ärzte der Kinderklinik kamen um ihre Versetzung ein. Eine gerade in Greifswald weilende Delegation einer westdeutschen Gewerkschaft reiste nach dieser Belehrung sofort in ihre Heimatorte ab.

Die neue KVP-Militärakademie beginnt ihre Semester mit — 21 Studenten!

In Halle, Leipzig und Ostberlin fanden nach Bekanntwerden des Greifswalder Studentenaufstandes Kundgebungen statt, auf denen Studenten beschlossen, keine KVP-Werbung an den Universitäten zu dulden. Der FDJ-Zentralrat hat daraufhin gemeinsam mit Staatssekretär Harich für die Woche nach Ostern eine Versammlungswelle an den Hochschulen angesetzt. Die SED will, wie Harich dazu erklärte, jetzt „klare Fronten“ haben. In Greifswald waren sie — was auch die SED nicht zu bezweifeln wagt — gezogen.

J. B. GRADL:

Der zweite Anfang

Hohe christliche Feiertage sind von jeher ein Anlaß, einen Blick über den Alltag hinaus zu versuchen. Wieviel mehr treibt es einen dazu gerade an diesem Ostern 1955, da sich nunmehr die furchtbaren Tiefpunkte unseres völligen Zusammenbruchs der Reihe nach zum zehnten Male jähren!

Wenn uns damals, 1945, jemand gesagt hätte, daß wir nach nur zehn Jahren wieder geordnete Verhältnisse haben, ein geachtetes, bündniswertes, verteidigungsfähiges Volk werden und eine wesentlich größere Industrieproduktion als vor dem Kriege haben würden — wir hätten ihn für einen Narren gehalten.

So viele gute Überraschungen uns die zehn Nachkriegsjahre schließlich gebracht haben, eine Enttäuschung war und blieb, mit der wir selbst in der aller schlimmsten Zeit nicht gerechnet hatten: Daß zehn Jahre nach Kriegsende Deutschland ein gespaltenes Land, seine Hauptstadt eine zerschnittene Insel sein könnte. Von daher fällt tiefer Schatten auf alles, was an Erstaunlichem seither erreicht worden ist.

Das heißt nicht, daß wir uns nicht freuen dürften über das wider alles Erwartete Erreichte — auch wenn es zunächst nur einem Teil unseres Volkes zugute kommt. Ob wir, die wir gewissermaßen auf der deutschen Sonnenseite leben, die Freude jedoch wirklich verdienen, diesen Beweis müssen wir noch erbringen. Nur dann verdienen wir sie, wenn wir das Erreichte benutzen, um es auch denen zugute zu bringen, die noch auf der deutschen Schattenseite leben müssen.

Die Parole, daß die Wiedervereinigung — natürlich in Freiheit — unsere höchste Aufgabe ist, diese Parole ist schon so oft gesagt und geschrieben worden, daß man sich scheut, sie zu wiederholen. Aber es ist so: wenn sie nicht nur eine nationale Phrase sein soll, dann ist die Zeit gekommen, nachdem die Fundamente in zehn Nachkriegsjahren geschaffen sind, nunmehr alle deutschen Anstrengungen auf die Wiedervereinigung zu

konzentrieren. Was 1945 begann, war der erste, was jetzt zu geschehen hat, ist der zweite Anfang.

Unbequem, nicht undankbar

Diese Aufgabe der Wiedervereinigung ist für uns nicht bequem, und sie ist auch nicht bequem für das Verhältnis zu unseren Bündnisgenossen in der westlichen Welt.

Es ist keine Redensart, wenn wir sagen, daß uns dieses „auf-die-Nerven-fallen-müssen“ leid tut. Und wir würden besonders bedauern, wenn jemand glauben sollte, daß wir nun, da wir so vieles sonst erreicht haben, nicht mit Dankbarkeit der Hilfe und des Vertrauens gedenken, mit denen uns die westliche Welt schon bald nach 1945 begünstigt ist.

Aber genau so, wie die westlichen Länder in dieser Zeit auch immer an ihr eigenes Interesse gedacht haben, und zwar durchaus mit Recht, genau so müssen wir auch an unsere nationale Aufgabe immer wieder denken.

Dabei haben wir einen Trost in der Überzeugung, daß wir mit gelungener Wiedervereinigung gerade auch unseren westlichen Freunden einen unwägbaren großen Dienst leisten würden. Denn damit wäre einer der heißesten Brennpunkte der Welt gewissermaßen gelöscht.

Hier liegt in der Tat die eigentliche Aufgabe am Beginn unseres zweiten Nachkriegsjahrzehnts. Nämlich einen Weg zu finden, um die Interessen der westlichen Welt, der östlichen Welt und die Wiedervereinigung auf eine einzige Formel zu bringen. Man kann diese Aufgabe auch etwas konkreter so formulieren, wie es zu Beginn der vergangenen Woche Staatssekretär Hallstein bei seinem Berliner Aufenthalt getan hat, nämlich „eine Synthese zu finden, die das vermeintliche Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion befriedigt, ohne die Sicherheit des Westens und Deutschlands zu stören“.

Was jetzt von der freien deutschen Politik verlangt wird, sind konkrete Vorschläge zur Lösung dieser Aufgabe. Ob wirklich sehr bald eine Viererkonferenz über Deutschland zustande kommt, ist ungewiß. Aber ganz sicher wird innerhalb des Westens eine gemeinsame Aus-

sprache über die weitere gemeinsame Politik und damit auch über die deutsche Frage kommen. Dazu muß unser Beitrag nunmehr erarbeitet und vorbereitet werden.

Man hat der Bundesregierung und auch der außenpolitischen Konzeption der größten deutschen Partei gelegentlich vorgeworfen, sie tue so, als ob die Lösung einfach im Zurückgehen der Sowjets hinter die Oder und im Vorrücken der NATO-Streitkräfte an die Oder liegen könne. So naiv ist natürlich niemand.

Wenn die Wiedervereinigung friedlich gelingen soll, und sie darf nur friedlich gelingen, dann muß selbstverständlich dieser gesamtdeutsche Raum militärisch und militärpolitisch in eine etwas andere Position gebracht werden, als es jetzt die Bundesrepublik allein ist. Der Preis, der damit gewonnen werden soll, ist das wert; denn es würde unsagbar viel für die Sicherheit der freien Welt bedeuten, wenn die kommunistischen Truppen auf friedliche Weise zur Rückkehr in ihren Heimatraum gebracht werden.

Systematisch suchen

Wie also die militärische Stellung eines wiedervereinigten Deutschlands gestaltet werden könnte, auf diese Frage konzentriert sich letzten Endes die eigentliche Aufgabe. Welche Lösung auch schließlich zum Ziele führen mag, sie muß gemeinsam mit unseren westlichen Freunden gesucht und gefunden werden.

Einmal wird es auch zu westöstlichen Verhandlungen über Deutschland wieder kommen. Zur Zeit zwar ist das sowjetische Spiel eher noch undurchsichtiger als sonst. Aber das ist wahrscheinlich ein Ausdruck eigener tiefer Unsicherheit des Kremels.

Wenn aber die Vernunft die sowjetische Politik zu wirklicher Entspannung führen sollte, dann müssen wir — die Westmächte und die Bundesrepublik — bereit sein mit unseren eigenen Überlegungen. Hinsichtlich des unabdingbaren Postulates „Freie Wahlen“ sind wir, hinsichtlich eines „gesamtdeutschen Status“ müssen wir es werden.

Entscheidung im Zeiss-Prozess

Stuttgart (DPA). Das Oberlandesgericht in Stuttgart hat den Antrag der Carl-Zeiss-Stiftung in Jena zurückgewiesen, der Firma Carl Zeiss in Heidenheim a. d. Brenz zu untersagen, 30 eingetragene Warenzeichen zu benutzen. Zugleich wurde die Forderung verworfen, die Firma im Handelsregister zu löschen.

Das volkseigene Unternehmen in Jena hatte allein den Namen „Zeiss“ führen wollen. Tatsächlich arbeiten in dem früheren Zeiss-Ausweichbetrieb in Heidenheim heute zahlreiche Facharbeiter und Angestellte der Zeiss-Werke, die aus Jena flüchteten.

Bonn: Berlin wird versorgt

Beschlüsse des Wirtschaftskabinetts zum Straßenzoll

Berlin (Eigenmeldung/DPA/AP). Das Bundeswirtschaftskabinetts hat beschlossen, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Lebenshaltung in Berlin auf die Dauer nicht beeinträchtigt und eine Unterbrechung des Güterverkehrs infolge der erhöhten Straßengebühren verhindert wird. Es soll sich dabei in erster Linie um die Finanzierung der im Güterfernverkehr entstandenen Mehrkosten handeln. Ferner hat der Kabinettsausschuß unter Vorsitz von Vizekanzler Blücher erneut die Verantwortlichkeit der sowjetischen Besatzungsmacht für einen ungestörten Verkehr zwischen der Bundesrepublik und Berlin festgestellt.

Die bisher ergebnislosen Verhandlungen der westlichen Interzonenhandelsbeauftragten mit Vertretern Pankows über den Straßenzoll werden am kommenden Donnerstag fortgesetzt.

Starker Osterverkehr

Berlin (Eigenbericht). Ungewachtet der erhöhte Straßengebühren ist der Osterreiseverkehr zwischen Berlin und Westdeutschland diesmal ungewöhnlich stark gewesen. Am Kontrollpunkt Dreilinden wurden allein am Gründonnerstag über 1400 Fahrzeuge registriert, die in die Bundesrepublik führen. Aus entgegengesetzter Richtung trafen rund 600 Fahrzeuge ein. An den sowjetischen Kontrollpunkten entstanden längere Wartezeiten.

„Wiedervereinigung ist erster Schritt“

Kaiser: Rückkehr der Vertriebenen nur über freie Zone

Berlin (Eigenmeldung). Bundesminister Jakob Kaiser hat über den Rundfunk die Wiedervereinigung der zwanzig Millionen der Sowjetzone und Berlins mit den fünfzig Millionen der Bundesrepublik als den ersten Schritt zur Schaffung eines neuen gesamtdeutschen Staates bezeichnet. In den Konferenzbemühungen dieser Wochen könne es nur das Anliegen aller Deutschen sein — nicht zuletzt auch der Heimatvertriebenen —, daß Verhandlungen der großen Mächte Deutschland in dieser Frage weiterbringen würden.

Die Heimatvertriebenen seien

sich aber auch klar darüber, so sagte Kaiser weiter, daß der Weg in die Heimat nur über ein freies Eisenach und Erfurt, über ein freies Leipzig und Dresden führen kann, „mit anderen Worten: über ein vom Kommunismus frei gewordenes Mitteldeutschland. Deshalb steht die Bemühung um freie Wahlen in der Sowjetzone, um die Schaffung einer frei gewählten Nationalversammlung und einer aus dieser Nationalversammlung gebildeten gesamtdeutschen Regierung an erster Stelle“.

Nicht auf der Loreley

Düsseldorf (AP). Eine Kundgebung auf der Loreley am Ostersonntag wurde dem 1954 in Ostberlin gegründeten „Deutschen Jugendring“ verboten.

3 Staaten billigten Verträge

Washington (AP). Präsident Eisenhower hat die Zustimmungsgesetze zu den Pariser Verträgen über die Souveränität der Bundesrepublik und ihre Aufnahme in den NATO-Pakt unterzeichnet.

Brüssel (AP). Belgien und Luxemburg haben die Pariser Verträge mit großer Mehrheit gebilligt.

Der belgische Senat sprach sich mit 142 gegen zwei Stimmen bei einer Stimmenthaltung für die Verträge aus. Gegen die Verträge stimmten nur die beiden kommunistischen Senatoren, während sich ein Unabhängiger der Stimme enthielt.

In Luxemburg lautete das Abstimmungsergebnis 48 gegen drei Stimmen. Auch hier wurden die ablehnenden Stimmen lediglich von den Kommunisten abgegeben.

Staatsbibliothek zurück?

Bonn (DPA). Die CDU-Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Maxsein (Berlin) hat im Bundestag den Antrag eingebracht, die Bücher der ehemaligen preußischen Staatsbibliothek, die zur Zeit in Marburg und Tübingen verlagert sind, nach Berlin zurückzuführen.

Soweit die räumlichen Voraussetzungen in Berlin eine restlose Rückführung im Augenblick nicht gestatten, sei beim Bund eine Treuhandstelle zu errichten, der die Verwaltung der Bücher übertragen wird mit der Maßgabe, daß nach Beseitigung der Raumnot der endgültige Transport nach Berlin sofort erfolgt.

Unterschiedlicher Zuwachs

Geburtenrate bei Vertriebenen höher

Bonn (Eigenmeldung). Staatssekretär Dr. Nahn vom Bundesvertriebenenministerium hat erklärt, daß die Geburtenrate der Vertriebenen rund zweieinhalbmal höher liege als die der Einheimischen. Auf tausend Einheimische entfielen im letzten Jahr rund 15,5 Geburten, auf tausend Vertriebene dagegen 33,1.

Der Anteil der Vertriebenen

an der Gesamtbevölkerung beträgt jetzt 17,2 Prozent oder 3,6 Millionen. Hinzu kommen noch die „Zugewanderten“ aus der Sowjetzone mit 4,8 Prozent oder 2,3 Millionen.

Bund und Länder haben bis Ende 1954 fast 26 Mrd. DM für die Vertriebenen und Flüchtlinge ausgegeben.

Tausende jubelten Churchill zu

Ein großer Staatsmann trat zurück — Eden Nachfolger

London (AP/DPA). Der britische Premierminister Sir Winston Churchill ist zurückgetreten. Nach einer langen politischen Laufbahn, die im Jahre 1900 unter Königin Victoria begann, hat er sein Amt niedergelegt. Churchill schied, von der Presse in aller Welt hoch geehrt, von den Londonern umjubelt, die ihm bis in die Nacht Ovationen darbrachten. Sein Nachfolger wurde der bisherige Außenminister Sir Anthony Eden.

Lächelnd, eine Zigarre im Mund, das berühmte V-Zeichen machend und ab und zu mit dem Hut winkend, war der Premierminister am Dienstag vergangener Woche um halb sechs Uhr in den Buckingham-Palast gefahren. Zehntausende von Menschen säumten den Weg und winkten ihrem Premierminister ein letztes Mal zu. Kurz darauf wurde sein Rücktritt offiziell bekanntgegeben.

Trotz des seit zwölf Tagen andauernden Zeitungsstreiks sprach sich die Nachricht in Windeseile in London herum.

Hunderte von Menschen waren bereits am Vormittag in die Downing Street zum Amtssitz Churchills gezogen; ihre Zahl wuchs von Stunde zu Stunde und ging schließlich in die Tausende. Die Menge brachte Sir Winston stürmische Ovationen dar, und als das Händeklatschen und die Rufe: „Wir wollen Winnie sehen!“ nicht abrissen, zeigte sich Sir Winston am Fenster.

Am nächsten Tag winkten ihm nochmals Tausende zu, als er seinen bisherigen Amtssitz in der historischen Downing Street

verließ und auf sein Landgut nach Chartwell fuhr.

Die Tränen liefen Churchill über die Wangen, als er den Weg aufs politische Altenteil antrat. Er schwenkte seinen Stock mit der goldenen Krücke, nahm die unvermeidliche lange Zigarre aus dem Mund und murmelte: „Vielen Dank, vielen Dank.“ Dann stieg er etwas mühsam in seinen Wagen.

Unter dem Gesang des spontan von der Menge angestimmten alten englischen Freundschaftsliedes „He is a jolly good fellow“ („Er ist ein prima Bursche“) verließ der Wagen langsam die Downing Street.

Premierminister Eden würdigte in seiner ersten Rede vor dem Unterhaus seinen zurückgetretenen Vorgänger, der auch weiterhin „die beherrschende Gestalt“ des Unterhauses bleiben werde.

Eden ernannte den bisherigen Verteidigungsminister MacMillan zum neuen britischen Außenminister und den bisherigen Versorgungsminister Selwyn Lloyd zum Verteidigungsminister.

Die Berufung MacMillans in das Außenministerium kam nicht unerwartet. Die enge Verbindung der britischen mit der amerikanischen Politik wird auch durch ihn gewährleistet bleiben.

Der neue Verteidigungsminister Lloyd war längere Zeit britischer Chefdelegierter bei den UN. Besonders als Gegenspieler des verstorbenen sowjetischen Chefdelegierten Wschinski hat er sich internationale Geltung verschafft.

Neuer Herr in 10, Downing Street

Englands neuer Premier Sir Anthony Eden

Schon früh in seiner jetzt 33jährigen politischen Laufbahn wurde Sir Anthony Eden als ein künftiger Premierminister angesehen. Nach Herkunft — aus nordenglischem Landadel — und Erziehung — im feudalen Internat Eton und auf der Universität Oxford — schien er alle Voraussetzungen für einen leitenden konservativen Politiker zu erfüllen.

Eden hat das Vertrauen, das damals Baldwin und sein erster ministerieller Chef, Außenminister Sir Austen Chamberlain, in ihn setzten, nie enttäuscht. Als ein ausgezeichnete Adjutant erwies er sich auch für Churchill während des Krieges an der Spitze verschiedener Ministerien, vornehmlich aber als Außenminister.

Was viele trotz dieser günstigen Voraussetzungen, die Eden mitbringt, beunruhigt, ist die Tatsache, daß er sich fast während seiner ganzen Karriere auf die Außenpolitik konzentriert und für Innenpolitik, wirtschaftliche Fragen und auch für die administrative Seite der Regierung niemals großes Interesse und Verständnis gezeigt hat.

Eine Beruhigung ist deshalb für viele, daß der zweite Mann

in der Regierung der Schatzkanzler Butler sein wird. Er hat bewiesen, daß er alle Register der Innenpolitik vollendet beherrscht. Sollte daher der neue Herr in 10, Downing Street, hier und da mit der innenpolitischen Materie nicht ganz fertig werden, dann braucht er nicht weit zu gehen, denn sein Nachbar im Hause Nr. 11 ist der Schatzkanzler. Die Nachbarschaft der beiden Dienstwohnungen kann in diesem Falle als symbolisch angesehen werden.

Moskau löst Pakte

Folge der Ratifizierung — Westen nicht überrascht

London (DPA/AP). Die sowjetische Regierung hat ihre Drohung, im Falle einer Ratifizierung der Pariser Verträge ihre Freundschafts- und Beistandspakte aus dem Kriege mit Großbritannien und Frankreich zu kündigen, wahrgemacht. Sie forderte am Sonnabend das Präsidium des Obersten Sowjets auf, die Verträge zu annullieren. In London, Paris und Washington ist diese Mitteilung ohne Überraschung aufgenommen worden. Übereinstimmend wurde in den westlichen Hauptstädten betont, daß die Pariser Verträge rein defensiv und daher durchaus

vereinbar mit den Verträgen mit der Sowjetunion seien.

Die Tatsache, daß die Kündigung noch vor der endgültigen Ratifizierung der Pariser Verträge durch alle Staaten erfolgte, wird als Beweis dafür gewertet, daß die Sowjets nunmehr diese Verträge als politisches Faktum in ihre Rechnung einbeziehen. Amerikanische Regierungskreise messen viel größere Bedeutung als der bevorstehenden Vertragskündigung dem Umstand bei, daß die Sowjets offenkundig an einer Viermächtekonferenz interessiert seien.

Was geschieht hinter Moskaus Kulissen?

Sinn der Veränderungen seit dem Sturz Malenkows

Seit dem Sturz Malenkows am 9. Februar hat der neue sowjetrussische Ministerpräsident Bulganin seine Regierung dreimal umgebildet. Das Wesentliche dieser Veränderungen besteht darin, daß sie sich gegen die Anhänger Malenkows richten und daß die neuen Männer zu der engeren Gefolgschaft Chrustschows gehören.

Als erste wurden der Minister für den Kohlenbergbau, Sasjadko, und der Minister für die landwirtschaftlichen Staatsgüter, Koslow, entlassen. Die beiden waren Parteigänger Malenkows. Sasjadko unterstützte den neuen Kurs des gestürzten Ministerpräsidenten der nachstalinischen Ära und trat für die Lockerung der drakonischen Disziplinarmaßnahmen der Arbeit in den Kohlengruben ein. Die Bestätigung dafür liefert die sowjetische Presse, in der jetzt geklagt wird, daß die Arbeitsdisziplin und die Arbeitsproduktivität im Kohlenbergbau bisher viel zu wünschen übrig ließ.

Um die Agrostädte

Der entlassene Minister für landwirtschaftliche Staatsgüter wurde vor einigen Jahren durch Malenkow auf den Posten des Leiters der landwirtschaftlichen Abteilung im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei berufen und unterstützte seinen Protektor bei dessen Kampagne gegen die Chrustschowschen Pläne des Baues sogenannter Agrostädte. Für diese Verdienste wurde Koslow nach dem Tode Stalins Minister im Kabinett Malenkow. Seine Demission ist eine direkte Folge der Niederlage Malenkows.

Der neue Minister für landwirtschaftliche Staatsgüter wurde Benediktow, ein Mann, der bereits 1951 die Chrustschowsche Politik der Errichtung von Agrostädten vorbehaltlos unterstützte. Gleich nach dem Tode Stalins schickte Malenkow den langjährigen Landwirtschaftsminister Benediktow als Botschafter nach dem fernen Indien. Nachdem jedoch Chrustschow seine Position als 1. Parteisekretär gefestigt hatte, kam Benediktow nach Moskau zurück und wurde — wahrscheinlich gegen den Wunsch Malenkows — wieder Landwirtschaftsminister.

Daß Benediktow jetzt das Ministerium für die landwirtschaftlichen Staatsgüter übernahm, bedeutet für ihn keine Degradierung. Bei den gigantischen Plänen Chrustschows der Urbarmachung des Brachlandes in Kasachstan und Sibirien sollen nur landwirtschaftliche Staatsgüter entstehen. Und Benediktow ist offensichtlich von Chrustschow als der richtige Mann für diese Aufgabe ausersehen.

Nach dem Kohlenbergbau und der Landwirtschaft kam nun das Bauwesen an die Reihe. Der von Malenkow mit der Kontrolle des gesamten Bauwesens betraute Vorsitzende des Staatlichen Ausschusses für Bauwesen, Sokolow, wurde seines Amtes entbunden. Zu seinem Nachfolger wurde Kutscherenko ernannt, den Chrustschow während seiner Tätigkeit in der Ukraine entdeckte. Er ist Bauingenieur von Beruf und erst während des zweiten Weltkrieges in die Partei eingetreten.

Shdanowisten kommen wieder

Die gleichen Züge trug die vor einigen Tagen erfolgte Absetzung des Kulturministers Alexandrow, eines neben Pospelow, Suslow und Judin führenden marxistischen Theoretikers in der Sowjetunion. Seine rasche Karriere wurde 1947 durch Shdanow jäh unterbrochen. Alexandrow fiel wegen seines Buches über die Geschichte der westlichen Philosophie in Ungnade. Er wurde das Überbleibsel der bourgeoisen Ideologie, des Objektivismus und des Kosmopolitismus, d. h. der schlimmsten intellektuellen Verbrechen, beschuldigt.

Als Malenkow den Gemaßregelten zum Minister für das Kulturwesen berief, war das eine Demonstration gegen alle Shdanowisten, und zugleich eine

freundliche Geste an die Adresse der sowjetischen Intellektuellen. Alexandrow soll tatsächlich eine gewisse Liberalisierung im geistigen Leben der Sowjetunion unterstützt haben. Sein Einfluß war aber bereits Ende des vorigen Jahres — wie das der Moskauer Schriftstellerkongreß erwies — geschwächt. Sein Nachfolger Michailow gilt als ein enger Anhänger und Freund Chrustschows.

Die alten Thesen

Damit hat Nikita Chrustschow seit dem Sturz Malenkows bereits vier wichtige Abschnitte des öffentlichen Lebens der Sowjetunion, und zwar die Kulturpolitik, die Landwirtschaft, den Kohlenbergbau und das Bauwesen, mit seinen Anhängern besetzt. Die Malenkowleute werden von allen bedeutenden Posten entfernt.

Interessant ist dabei, daß parallel mit dieser Aktion die Rehabilitierung und sogar das Protegieren der ehemaligen Shdanowisten erfolgt. In der neuesten Ausgabe des sowjetischen enzyklopädischen Wörterbuches der Philosophie nimmt Shdanow wiederum einen hervorragenden Platz ein.

Gleichzeitig kehren einige, aus der Zeit des Shdanowismus bekannte Thesen wieder, die unter Malenkow zeitweilig in Vergessenheit gerieten. So taucht im Zusammenhang mit den nationalen Fragen die Parole von dem russischen Volk als dem „älteren Bruder“ der Völker der UdSSR wieder auf. Auch die Thesen von den russischen Erfindungen sind wieder zu hören.

Zusammen mit dem Versuch des Triumvirats Chrustschow—Bulganin—Molotow, eine Psychose der Bedrohung der Sowjetunion durch den Westen bei der Bevölkerung künstlich zu erzeugen, bilden diese Elemente den Inhalt der innenpolitischen Propaganda der neuen Führung der Sowjetunion. Sie sollen die psychologische Atmosphäre für die Rückkehr zum forcierten Aufbau der Schwer- und Rüstungsindustrie schaffen.

Propaganda festigt Moskaus Macht

Agitations-Systeme werden immer weiter ausgebaut

P. Georges Bissounette, der seit Januar 1953 als Seel-sorger für die Diplomaten des Westens in Moskau tätig war, wurde vor kurzem ohne Angabe von Gründen aus der Sowjet-union ausgewiesen. Im vorliegenden Artikel, den wir im Auszug wiedergeben, gibt er Antwort auf einige Fragen, die ihm nach seiner Rückkehr in die USA gestellt wurden.

Wie groß auch immer die Unzulänglichkeiten der Auslands-propaganda des Kremls sein mögen, die Propaganda für das eigene Volk ist sehr wirksam. Es zeigt sich, daß die rote Propagandalinie in die Köpfe und die Sprache des Volkes geradezu eingehämmert wird. Die „Propaganda-Notizbücher“, die sogenannten „Bloknot Agitatora“ (Notizbuch für Agitatoren), kommen einmal im Monat heraus. Sie legen die Themen fest, die der kommunistische Agitator bei den Unterrichtsversammlungen im kommenden Monat hervorheben muß. Diese Versammlungen sind für die rote Propaganda wichtiger als Presse und Radio; denn die Agitatoren pauken die offizielle Propagandalinie tatsächlich den Leuten ein.

Es gibt Tausende von solchen Agitatoren. Zu finden sind sie in jedem Dorf, jedem Laden und in jedem Verein.

Die meisten dieser Agitatoren sind junge Menschen und ehrgeizig. Sie wissen genau, es gibt nur einen sicheren Weg zum Aufstieg in den Parteistellen. Wenn der Agitator einem roten Inspektor bei seinem Besuch unter Beweis stellen kann, daß seine Leute der Parteilinie während der Diskussion folgen, dann hat er sein Ziel erreicht, er steigt aufwärts.

Machtkämpfe jetzt in Rotchina

Führender Funktionär verübte Selbstmord

Peking (DPA/AP). Einer der höchsten chinesischen Parteifunktionäre, der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Kao Kang, hat Selbstmord begangen, nachdem er aus der KP Chinas ausgeschlossen und seiner sämtlichen Ämter entzogen worden war. Auf einer Sitzung des Zentralkomitees wurde ihm vorgeworfen, er habe die Führung an sich reißen und Nordostchina zu einem „unabhängigen Königreich“ machen wollen. Neben Kao Kang wurde der

Ich bin gefragt worden, warum die Russen an den kommunistischen Wahlen teilnehmen, da sie diese doch als reine Farce erkennen müßten. Darauf möchte ich antworten, daß die Russen die allgemeinen Wahlen ganz anders ansehen als wir. Bei uns im Westen können wir bei den allgemeinen Wahlen wirklich zwischen mehreren Kandidaten wählen. In Rußland bedeuten die allgemeinen Wahlen ledig-

lich eine Art Demonstration und Bestätigung einer Wahl, die bereits früher in einer Dorf- oder Fabrikversammlung getätigt wurde.

Die wirkliche Wahl erfolgt, wenn entschieden werden soll, welcher Kandidat auf die Wahl-liste kommt, und hier scheint sich eine gewisse Beteiligung des Volkes zu zeigen. Es ist schwer festzustellen, inwieweit die Aufstellung eines Kandidaten auf die Wahl-liste vom Volkswillen abhängig ist und wieviel es bei dieser Wahl auf die Parteibonzen ankommt. Die Wahlen auf den Dörfern und in den Fabriken werden gewöhnlich offen getätigt. Trotzdem ist die Wahl bei diesen Versammlungen nicht auf kommunistische Parteimitglieder beschränkt.

Der SSD arbeitet mit Gift

Menschenräuber in Westberlin gefaßt

Berlin (Eigenmeldung). Daß der Staatssicherheitsdienst Pankows bei seinen Entführungsversuchen sogar mit Gift arbeitet, ist jetzt einwandfrei erwiesen. Der Mann, der im Auftrag des SSD einer RIAS-Mitarbeiterin eine vergiftete Praline anbot, wurde eine Woche später bei einem zweiten Menschenraub-Versuch gefaßt und hat ein Geständnis abgelegt.

Er gab zu, daß man erwartet hatte, die Frau werde nach dem Genuß der Giftpraline bewußtlos werden. Dann wollte man sie in ein wartendes Auto bringen und nach dem Ostsektor fahren. Durch einen glücklichen Zufall wirkte das Gift aber langsamer als erwartet, so daß die RIAS-Mitarbeiterin noch das

Lokal, in dem sie sich mit dem Agenten getroffen hatte, verlassen und ihre Wohnung erreichen konnte. Vor der Tür brach sie zusammen. Drei Tage lang lag sie bewußtlos im Krankenhaus.

Als der Agent, der 23jährige Gerhard Beck aus Teltow, eine Woche später einen anderen Westberliner Mitarbeiter des RIAS in dessen Wohnung aufsuchte und unter einem Vorwand auf die Straße zu locken versuchte, wo man ihn in ein SSD-Auto zerren wollte, schickte der heimlich seine Frau zur Telefonzelle. Sie alarmierte die Polizei, und Beck wurde noch in der Wohnung verhaftet.

Schüler Lysikow kehrte zurück

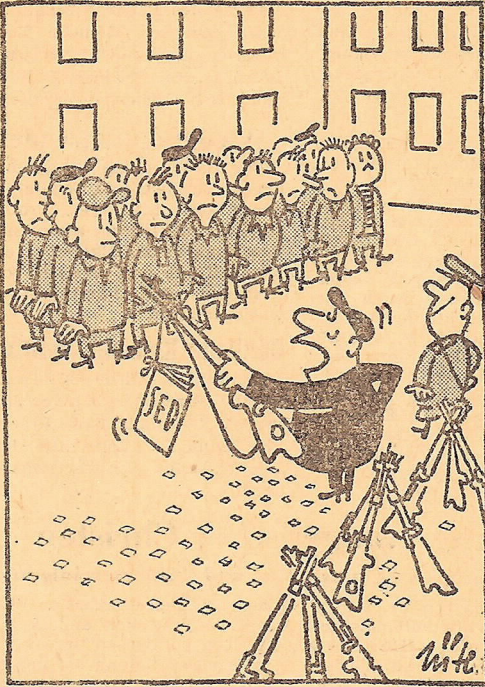
Berlin (Eigenbericht/AP/DPA). Der 17jährige sowjetische Schüler Valery Lysikow, der vor drei Wochen in Westberlin um Asyl gebeten hatte, ist überraschend auf eigenen Wunsch zu seinen Eltern zurückgekehrt. Er wurde von den amerikanischen Behörden um 12 Uhr im US-Hauptquartier in Berlin-Dahlem den Eltern und zwei Sowjetoffizieren übergeben.

Als Hauptgrund für seine Rückkehr habe Lysikow Sorgen um die Zukunft seiner Eltern angegeben.

ehemalige politische Kommissar des Militärbezirks Ostchina Jao Shu Shih verurteilt und ebenfalls aus der Partei ausgestoßen.

Es handelt sich um die erste größere Säuberung innerhalb der chinesischen KP. Kao Kang gehörte zur ersten Garnitur der chinesischen Parteifunktionäre und galt lange Zeit sogar als Nachfolger für Staatschef Mao Tse Tung. Es ist anzunehmen, daß ihm die Fehlschläge des ersten Fünfjahresplanes zur Last gelegt werden.

Rekruten für die KVP



„Genossen Parteianwärter, wir kommen zu der Verteilung der Parteibücher!“

„Die Genossen sind sauer“

Seit dem 20. März steht nunmehr unumstößlich fest: Jeder in einem Ostberliner VEB oder diesem gleichgestellten Betrieb beschäftigte SED - Angehörige aus Westberlin wird gleich seinen parteilosen Mitbürgern bis spätestens 1. Juni 1955 entlassen. Die Folge ist ein katastrophaler Rückgang in der Parteiarbeit der Westberliner SED, der sich in folgenden Zahlen auszudrücken beginnt:

Kreis Reinickendorf: Im Dezember aktiv eingesetzte Genossen: 148. Im April für aktiven Einsatz verfügbar: 36. Die gleichen Zahlen für Neukölln: 228 (im April 94); Tiergarten: 113 (43); Schöneberg: 209 (127).

Einige Beispiele: Am 28. und 27. März war es der SED nicht möglich, einen beabsichtigten Einsatz von 500 Westberliner SED-Mitgliedern zu veranlassen,

weil sich nur 42 (!) insgesamt gemeldet hatten. Viele Gruppenfunktionäre haben den Kreisleitungen ihre Funktionen zur Verfügung gestellt. „Die Genossen sind sauer“, begründen sie diesen Schritt. „Sie fühlen sich von der Partei verraten und verkauft.“

So ist es gekommen, daß viele SED-Mitglieder, die noch vor wenigen Monaten vor den Arbeitsämtern Sonnenallee und Charlottenstraße Hetzschriften gegen den Senat verteilten, jetzt daselbst kleinlaut um Arbeitslosenunterstützung ersuchen.

Erstes Resultat: SED-Mitglieder, die zu Westberliner Arbeitsämtern kommen, ehrlich die bisherigen Arbeitsverhältnisse zugeben, sich mit dem Unterstützungssatz bescheiden und — ihr Mitgliedsbuch demonstrativ auf den Tisch des

Und das in Weimar!

Es gibt Schillerschulen, -kragen und -locken. Ab dato auch ein Schillerpony. Besser: ein Schillerpanje, eine neue, keinesfalls aber überraschende Attraktion im Zirkus Grotewohl. Mit rotgeblähten Nüstern schnaubt es Frieden, Einheit usw.

Dichter sind vogelfrei. So konnte es geschehen, daß der Pankower Ministerpräsident den Dichturfürsten in einer anderthalbstündigen Rede, die er zur „Schiller-Ehrung der deutschen Jugend“ vor einer Blütenlese von FDJ-Mitgliedern im Weimarer „Deutschen National-Theater“ hielt, vor seinen volksdemokratischen Rumpelkarren spannte. Im Takt klatschten die Junggenossen. —

„Schiller steht auf unserer Seite!“ rief der rote Dompteur aus. Und in der Folge mußte sich der Dichter eine Reihe von Epitheta gefallen lassen, die ihn zum mutigen Kämpfer gegen Fürsten-Despotie und Feudalismus aufzäumten. Natürlich auch gegen den Militarismus, allerdings mit der linientreuen Einschränkung, er habe durchaus die Pflicht bejaht, das Vaterland mit der Waffe zu verteidigen.

Verbündet mit Wilhelm Tell und der Jungfrau von Orleans zog Grotewohl sodann gegen Adenauer und gegen die amerikanische Politik zu Felde. Vor allem die „Jungfrau“ hatte es ihm angetan. Mit schöpferischer Einfühlung zog er Parallelen zwischen dem „Sklavenspakt mit den britischen Okkupanten“ und dem „Kampf aller Patrioten gegen Adenauer und den Sklavenspakt von Paris“.

Beim „Tell“ freilich ließ ihn sein Zitatengedächtnis im Stich. „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern“, rief er aus. Die Schwurstelle: „Wir wollen frei sein wie die Väter waren“, blieb unzitiert: . . .

Und das in Weimar!

„Traktoren rollen Ostern“

In vielen ländlichen Bezirken der Sowjetzone wurden diesmal der Karfreitag und das Osterfest nicht als Feiertage begangen. „Ostern werden die Traktoren rollen“, so verkündete das Organ des Zentralrates der FDJ, „Junge Welt“. FDJ-Funktionäre warben kürzlich in Kreisdelegiertenversammlungen für „freiwillige Arbeitseinsätze auf dem Lande“. Wie es heißt, soll der durch die Witterung eingetretene Zeitverlust wieder aufgeholt und „die Natur besiegt“ werden.

Arbeitsamtes packen, vor dem sie gestern noch randalieren mußten!

Segelflugzeug im Straßenverkehr

„Bumerang“ für Luft und Straße

Die Segelflieger der Welt sehen nach Hamburg. Der 41jährige Fluglehrer und Konstrukteur Gerhard Blessing hat einen sensationellen neuen Typ geschaffen: Das Segelflugzeug „Bumerang“. Es kann nicht nur fliegen, sondern ebensogut im 60-Kilometer-Tempo über die Straßen brausen.

Seit 1948 arbeitete der Konstrukteur an diesem Modell. Nummer „BH 38 1750“ ist das erste kombinierte Segelflug-Kraftfahrzeug, das auf der Welt für den Straßenverkehr zugelassen worden ist.

Der Wandersegelflug — darüber sind sich die Fachleute

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

schon heute einig — wird durch diese Erfindung gewaltigen Auftrieb erhalten. Denn: Der Mann am Steuerknüppel braucht künftig nach beendetem Flug seinen propellerlosen Silbervogel nicht mehr für teures Geld abtransportieren zu lassen. Das ist das Geheimnis von „Bumerang“: Der 100-cm-NSU-Motor plus Fahrgestell mit drei kleinen Rädern befindet sich während des Fluges quasi als Reisegepäck im Rumpf des Flugzeuges. Mühelos kann der Pilot nach der Landung in knapp fünf Minuten die Tragflächen beiklappen, die Achsen montieren und dann ohne jede

fremde Hilfe sein Flugzeug nach Hause oder zum nächsten Startplatz fahren.

Der Hamburger Aero-Club hat „Bumerang“ bereits auf Herz und Nieren geprüft. Sein Urteil: Eine glänzende Kiste. Der Club will schon in der jetzt beginnenden Saison den neuen Typ verwenden. „Richtige Segelflieger stellen sich ihre Apparate am liebsten selbst her“, sagt der flugbegeisterte Konstrukteur. Für rund 1600 DM läßt sich „Bumerang“ im Eigenbau „auf die Räder“ stellen. Straßenfertig ist er 6,3 Meter lang und wirkt wie ein Super-Kabinenroller.

Tagung evangelischer Christen

Thema: Europäische Integration und Wiedervereinigung

Unter Vorsitz von Dr. Patijn, dem Direktor des holländischen Außenamtes in den Haag, hielt die Arbeitsgemeinschaft „Christliche Verantwortung für europäische Zusammenarbeit“ am 2. und 3. April in Berlin eine Tagung ab, an der etwa 20 Vertreter aus England, Frankreich, Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark, der Schweiz und Deutschland teilnahmen.

Das Konferenzthema „Europäische Integration und deutsche Wiedervereinigung“ führte zu

Karajan erhält Vertrag

Herbert von Karajan hat den Vertrag des Berliner Senats als Nachfolger von Wilhelm Furtwängler in der künstlerischen Leitung des Berliner Philharmonischen Orchesters erhalten.

Wieder Vorsitzender

Der Rundfunkrat des Senders Freies Berlin hat zu Beginn des neuen Geschäftsjahres Professor Dr. Emil Dovifat zum ersten Vorsitzenden und Chefredakteur Franz Kluge zum zweiten Vorsitzenden des Rundfunkrates wiedergewählt.

Göttliche Komödie verfilmt

Dantes „Göttliche Komödie“ soll in Kürze in Italien verfilmt werden. Der italienische Produzent Dino de Laurentiis hat den Titel für sich registrieren lassen.

Neuer Flughafen in Nürnberg

Der neu erbaute Flughafen am Nordrand von Nürnberg ist im Beisein von Bundesverkehrsminister Seeborn seiner Bestimmung übergeben worden. Es handelt sich hierbei um den ersten zivilen Flughafen-Neubau Westdeutschlands seit der Ein-

weihung des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens im Jahre 1937.

Der größte Vorteil des neuen Flughafens, dessen Bau zehn Millionen D-Mark kostete, ist die geringe Entfernung von der Stadtmitte.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone in Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

einer längeren Diskussion über das christliche Verständnis von Macht im politischen Bereich.

In der Beurteilung der gegenwärtigen Lage waren sich die Konferenzteilnehmer darin einig, daß Verhandlungen zwischen den Mächten durch die jüngste Entwicklung gegeben und erforderlich geworden sind.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.